



Pressemitteilung

München, 17.6.09
PM 070/09/LFGS
Landwirtschaft

Die Geheimhaltung der EU-Agrarförderung durch die bayerische Staatsregierung schadet Bayerns Bauern

Bund Naturschutz fordert offene und ehrliche Diskussion über die sozial gerechte und umweltverträgliche Verteilung der EU-Gelder

Der Bund Naturschutz hat die Weigerung der bayerischen Staatsregierung, zur Offenlegung der Agrarsubventionen scharf kritisiert. „Ministerpräsident Horst Seehofer hat wohl Angst davor, dass in der Öffentlichkeit transparent wird, wie die Gelder verteilt werden und damit anscheinend auf Drängen des Bauernverbandes eine Politik zur Unterstützung von Agrar- und Lebensmittelgroßkonzernen sowie landwirtschaftlicher Großbetriebe gefördert wurde“, so BN-Landesvorsitzender Hubert Weiger. In Bayern erhalten nach Angaben des Bund Naturschutz über 50 Prozent aller bayerischen Betriebe weniger als 5.000 Euro im Jahr an so genannten „Direktzahlungen“. Auf diese große Anzahl von Betrieben entfielen aber nur 15% der Gesamtzahlungen. Die gestrige Offenlegung der Zahlen aus dem Bundesgebiet macht deutlich, dass ein verschwindend geringer Teil von großen Agrarbetrieben, nämlich 1,6 Prozent aller Betriebe über 100.000 Euro pro Jahr kassieren und mehr als 30% aller Direktzahlungen für sich vereinnahmen.

„Jetzt wird offensichtlich, dass die Staatsregierung gegen die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe gehandelt hat, als im Jahr 2008 der „Gesundheits-Check“ der EU-Agrarpolitik beschlossen wurde“, so Lutz Ribbe, umweltpolitischer Direktor der Stiftung Euronatur. Die EU Kommission hatte damals vorgeschlagen, die Direktzahlungen zu kürzen und mit dem Geld auch Agrarumweltprogramme und Milchfördermaßnahmen zu unterstützen. Die Pläne der Kommission hätten nach Berechnung von Euronatur und Bund Naturschutz pro Jahr rund 160 Millionen Euro zusätzliche Mittel für bayrische Bauern bedeutet, ein Großteil des Geldes wäre von den großen Ackerbaubetrieben Ostdeutschlands gekommen, die bisher die Subventionsgewinner waren.

Die Offenlegung der Zahlungen, die mit absoluter Sicherheit komme, werde auch zeigen, dass der bayerische Bauernverband nicht die Interessen einer bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern sondern das falsche „Wachsen oder Weichen“-Prinzip vertrete.

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter
Tel.: 0911-8187825 u. 0171-6394370

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de